

An alle

Freunde der deutschen demokratischen Sache!

Die Zeit der Wahlkämpfe ist vorüber. Es ist eine gewisse Ermüdung eingetreten. Die Sache der deutschen Demokratie kann auf einen erfreulichen und zukunftsverheißenden Erfolg zurückblicken. Unsere Fraktionen sind überall stark und haben ein gewichtiges Wort in dem Schicksal Deutschlands zu sprechen.

Aber die Arbeit darf nicht ruhen, unermüdlich muß sie fortgesetzt werden.

Umsomehr muß das geschehen, als die anderen Parteien die Hände keineswegs in den Schoß legen. Mit riesigen Geldmitteln und unermüdlichem Eifer wird besonders von rechts her gegen die demokratische Sache und den demokratischen Gedanken gearbeitet! Wenn wir dem nicht entgegentreten, so kommt die demokratische Sache in ernste Gefahr. Es gibt keinen Stillstand; es gibt nur Fortschritt oder Rückgang!

Aber es fehlt unserer Partei an den nötigen Geldmitteln. Während die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei große Geldgeber hinter sich haben und große Vermögen haben ansammeln können, während die Sozialdemokratie durch ihre ausgezeichnete Organisation ungeheure Mittel stets zur Verfügung hat, die Christlich-demokratische Volkspartei durch ihre Eigenart jeder Geldsorgen völlig enthoben ist, haben wir, die deutschen Demokraten, solche Vorteile nicht für uns. Wir, die wir von böswilligen politischen Gegnern als die Partei des internationalen Großkapitals verschrieen werden, verspüren in unsern Kassen davon nichts! Aus den kleinen Beiträgen unserer Freunde im ganzen Lande kommt dasjenige zusammen, mit dem wir die Mittel für unsere Arbeit bestreiten.

Wir sind tatsächlich in der Gefahr, um die Früchte aller früheren Arbeit gebracht zu werden, die demokratische Sache zurückgehen zu sehen, wenn nicht die Opferwilligkeit unserer Freunde uns die Fortarbeit ermöglicht. So richten wir an alle Parteifreunde und Parteifreundinnen einen dringenden **Aufruf, in einer einmaligen allgemeinen Spende der deutschen Demokraten**

jeder nach seinem Können zu den Kosten der Partei beizutragen!

Von unseren wohlhabenden Freunden müssen wir höhere Beiträge erwarten!

Niemand darf die Ehrenpflicht versäumen oder lässig erfüllen!

Benutzt alle die beiliegende Zahlkarte! Jede Gabe, auch die kleinste, ist willkommen!

In dieser Zeit heftigster politischer Kämpfe muß das deutsche Bürgertum durch die Tat beweisen, daß es an politischer Einsicht und Opferwilligkeit den anderen Parteien nicht nachsteht.

Jeder zahle, Jeder steuere bei! Keiner darf zurückbleiben!

Die Deutsche Demokratische Partei.

Reichsgeschäftsstelle Berlin SW 11, Bernburger Straße 18.

Was will die deutsche demokratische Partei?

Ein einiges, freies Deutschland, in welchem die Besonderheiten der deutschen Stämme Berücksichtigung finden. Eine demokratische Staatsverfassung, mit einer Volksvertretung, aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Verhältniswahlen, mit verantwortlichen Ministern.

Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz und in der Verwaltung ohne Rücksicht auf Geschlecht, Stand, Klasse, Beruf oder Religion.

Gleichstellung der Geschlechter im öffentlichen und privaten Recht.

Freiheit des einzelnen Bürgers, beschränkt durch das Bewußtsein staatsbürgerlicher Pflicht und durch die Notwendigkeiten des Gesamtinteresses.

Freies Vereins- und Vereinigungsrecht, freies Wort, freie Presse.

Kraftvoll auswärtige Politik, gestützt auf dem Völkerbund gleichberechtigter Völker mit gleichmäßiger Abrüstung, Abschaffung der Geheimverträge, internationale Schiedsgerichte, Freiheit der Meere.

Neuzeitliche Umgestaltung des Beamtenwesens unter Aufrechterhaltung des Berufsbeamtentums, Aufstieg tüchtiger Beamter, Freiheit der Beamten in ihrer politischen Betätigung, einheitliches verbessertes Beamtenrecht, Beamtenkammern.

Ein deutsches Volksherr mit allgemeiner Wehrpflicht, ohne ständische Absonderungen.

Unterordnung des Heeres unter die Regierung.

Freiheit der Kirche vom Staat, Staatschutz für die Religionsgemeinschaften, Religionsunterricht in der Schule aber ohne Gewissenszwang gegen Eltern und Lehrer.

Eine gemeinsame Grundschule für alle Staatsbürger. Fortbildung auf Staatskosten für unbemittelte Begabte.

Einhaltung des Privateigentums. Erhaltung des Unternehmertums in der Wirtschaft, aber Sozialisierung der natürlichen Monopole und sonstiger Betriebe, durch deren staatlich geregelte Wirtschaft die Produktion gesteigert wird.

Wirtschaftliche Demokratie. Anerkennung der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Arbeitslosenversicherung, Angleichung der Gesetze über Heim-, Land- und Forstarbeiter sowie Hausangestellte an die Bestimmungen über andere Arbeitnehmer. Arbeitnehmerräte mit wirtschaftlichen Aufgaben, aber ohne politische Befugnisse.

Einheitliches, verbessertes Angestelltenrecht. Angestelltenausschüsse, Angestelltenkammern, Reform des Angestelltenpatents.

Förderung des Mittelstandes, Aufträge, Kredit und Rohstoffe für Kleinbetriebe, Ausbau der Handwerkskammern und Innungen, Reform des Verdingungswesens, Verbesserung des Fach- und Fortbildungsschulwesens.

Stärkung des Bauernstandes. Gesunde Mischung von Klein-, Mittel- und Großgrundbesitz, Abgabe von Bauernland aus Großbetrieben, Eigenland für Landarbeiter, Beseitigung der Fideikomnisse, Hebung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens.

